



Foto: Thomas Bauer

Zur Situation der Guaraní-Kaiowá in Mato Grosso do Sul, Brasilien

Im brasilianische Bundesstaat Mato Grosso do Sul spielt sich ein Drama ab, von dem die internationale Öffentlichkeit nur wenig Notiz nimmt. Indigene Gemeinschaften der Guaraní-Kaiowá und Guaraní-Nhandéva sind ständiger Bedrohung und Verfolgung ausgesetzt, was so weit führte, dass bereits von berufener Seite¹ von einem bevorstehenden und von der brasilianischen Regierung gebilligten Genozid gesprochen wird. Wie zugespitzt die Konfliktsituation ist, zeigt auch der im März 2016 erfolgte Besuch der UN-Sonderberichterstatterin für indigene Rechte, Victoria Tauli-Corpuz. Unmittelbar anschließend und offensichtlich als Antwort auf den Besuch wurden in drei Gemeinden Menschen durch Schüsse verletzt. „Ich verurteile entschieden diese Angriffe und rufe die Regierung auf, diesen Menschenrechtsverletzungen ein Ende zu setzen, entsprechende Untersuchungen einzuleiten und Täter und Auftraggeber zu bestrafen,“ sagte Frau Tauli-Corpuz.²

In Mato Grosso do Sul, das nach dem Bundesstaat Amazonas den zweitgrößten Anteil indigener Bevölkerung hat, leben ungefähr 40.000 Guaraníes, dem größten indigenen Volk Brasiliens. Bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts bewohnten sie ein Gebiet von ungefähr 60.000 km², also 6 Millionen Hektar.³ In dieser Zeit wurden dann vom damaligen staatlichen Indianerschutzdienst (SPI) die ersten acht Reservate vermessen mit einer Durchschnittsgröße von jeweils circa 2.300 ha mit

dem Ziel, durch eine Umsiedlung der Guaraníes in die Reservate ihr Territorium für die Kolonisierung durch nicht-indigene Siedler frei zu geben. Viele Familien wurden mit beträchtlichem Druck, Drohungen und Gewaltanwendung, aber auch mit Versprechen von Missionaren in die winzigen Reservate umgesiedelt. Ein Teil der Bevölkerung versuchte aber so lange wie möglich, in einigen Fällen bis heute, zumeist als Landarbeiter in ihrem traditionellen Wohngebiet zu bleiben, für das nicht-indigene Siedler bzw. Unternehmen Besitztitel erworben hatten.

Die Verfassungsreform von 1988: Rechte Indigener Völker anerkannt

Erst mit der Verfassungsreform von 1988 wurden in Brasilien die Rechte indigener Völker unter anderem auf ihr Land anerkannt. Auf dieser juristischen Grundlage konnten einige wenige Guaraní-Gemeinden Land zurückerlangen, welches jedoch in den meisten Fällen sogar noch kleiner war als die alten, bis heute weiterhin existierenden und völlig überfüllten Reservate, so dass das Überleben selbst auf diesen Flächen nicht bzw. kaum gesichert werden kann. Weitere Gruppen versuchen bis heute, ihr traditionelles Land wieder zu besiedeln (man spricht in diesen Fällen von den sogenannten „retomadas“⁴) und die ihnen durch das Gesetz zustehende Anerkennung durch den Staat zu erlangen.

¹Verlautbarung der Associação Brasileira de Antropologia, Brasília, 4/10/2015

²In Kurusu Ambá erfolgte ein Angriff mit Revolvern am selben Tag des Besuchs. In Ita Poty wurde ein Mensch am 12.3.16 angeschossen. Am 14.3.16 wurde ein religiöser Führer angeschossen. (siehe <http://www.cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&action=read&id=8621>)

³Diese Daten und die folgenden Ausführungen siehe Grünberg, Friedl, (2002/03), "Reflexionen über die Lebenssituation der Guaraní im Mato Grosso do Sul, Brasilien", INDIANA a19/20, S. 232

⁴Mit dem Begriff „retomada“ bringen die Guaraní-Kaiowá die Idee zum Ausdruck, ein Gebiet wieder in Besitz zu nehmen, welches ihnen schon immer zustand und ihnen mit Gewalt gestohlen worden war.

Doch insbesondere die Sektoren der exportorientierten Landwirtschaft haben sich des Landes bemächtigt und verteidigen ihre Interessen vehement auf politischer und juristischer Ebene auf Kosten der indigenen Gemeinschaften und deren Rechte. Der hohe Bedarf des Weltmarktes an Soja für die Futtermittelindustrie und Zuckerrohr für die Produktion von Agrartreibstoffen – gerade auch für Europa – verstärkt weiterhin den Druck auf Boden- und Umweltrechte.

Die auf den „retomadas“ lebenden Gemeinden befinden sich in ständigem Konflikt mit jenen Unternehmen bzw. Personen, die über einen formalen Landtitel des betreffenden Gebietes verfügen und die Guarani-Gemeinden permanent bedrohen. Dass die Justiz auch auf der Seite dieser „fazendeiros“ steht, beweist der jüngste Fall der Zwangsräumung der Gemeinde Apyka’í (am 6.7.2016) auf der Grundlage eines in erster Instanz ausgesprochenen Gerichtsurteils.⁵

Der Staat kommt seinen Verpflichtungen gegenüber den indigenen Völkern und Gemeinden nicht nach und verschärft dadurch deren immer schwieriger werdende Lebensbedingungen noch mehr. Dabei wurde auch durch Brasilien die ILO-Konvention Nr. 169 im Jahre 2002 ratifiziert, wodurch seinerzeit die Hoffnungen auf die Stärkung und Umsetzung indigener Rechte wuchsen. Und obwohl speziell für Mato Grosso do Sul staatlich zuständige Stellen (das Ministerio Público Federal und die Indianerbehörde FUNAI) im Jahr 2007 eine Vereinbarung unterzeichneten, nach der bis zum Jahr 2009 36 Landstücke der Guarani-Kaiowá identifiziert und vermessen werden sollten, wurde auch diese nicht erfüllt. Landvermessungsprozesse sind praktisch zum Stillstand gekommen.

Trotz Rechtsgrundlage: Eskalierende Konflikte um Guarani-Territorium

Enttäuscht von den Versprechungen haben verschiedene Gemeinden das durch die Regierung identifizierte Land teilweise wieder besetzt. Und so eskalierten die Konflikte mit jenen, die das traditionelle Territorium der Guarani formal besitzen und bewirtschaften. Der Druck der formalen Landbesitzer auf die Regierung und die staatlichen Stellen hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen.

Landbesitzer und Agrarunternehmen, die den Indigenen ablehnend gegenüber stehen, treiben im Kongress die Parlamentsinitiative PEC 215 voran, mit der das Ziel

verfolgt wird, die jeweils konkrete Zuteilung indigener Landrechte nicht mehr, wie bisher, der Exekutive zu überlassen, sondern der Legislative zu übertragen. Gegen diese bereits im Jahr 2000 eröffnete Initiative wird von indigener Seite vehement seit Jahren mobilisiert. Dennoch steht sie weiterhin zur Debatte.

Parallel dazu finden auf lokaler und regionaler Ebene Einschüchterungen und Bedrohungen von Personen, Gruppen und Institutionen statt, die sich für indigene Rechte und Gruppen außerhalb der Reservate engagieren und sich für deren Rechte, insbesondere die Landrechte einsetzen.

Zwischen den Jahren 2000 und 2014 fanden 55% aller in Brasilien begangenen Morde an Mitgliedern indigener Völker und Gemeinschaften in Mato Grosso do Sul statt, allein im Jahr 2014 wurden 41 Fälle registriert. Erschreckend ist auch die Anzahl von insgesamt 707 begangenen Selbstmorden bei den Guarani-Kaiowá, die innerhalb der genannten 14 Jahre zu verzeichnen waren⁶ und auf die starke Destabilisierung und die herrschende Hoffnungslosigkeit in den Gemeinden hinweisen.

“Fact-Finding-Mission“ nach Mato Grosso do Sul

Aufgrund der massiv zunehmenden Gewalt in den letzten Jahren wurde im Oktober 2015 von brasilianischen, den Kirchen nahe stehenden Organisationen eine Ökumenische Mission („Fact-Finding-Mission“) nach Mato Grosso do Sul unternommen, an der auch 4 Partnerorganisationen⁷ von Brot für die Welt beteiligt waren, um sich vor Ort ein Bild von der aktuellen Lage zu machen. Sie kam unter anderem zu folgenden Beobachtungen:⁸

- Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul herrscht eine totale Gleichgültigkeit und Missachtung gegenüber der brasilianischen Verfassung, die den indigenen Völkern das Recht auf Territorien garantiert.
- Privatmilizen greifen indigene Dörfer und die Gebiete an, die von den Indigenen wieder besiedelt wurden; es wird sexuelle Gewalt gegen Kinder und Frauen ausgeübt, Menschen werden bewusst überfahren, Gift wird ausgestreut, religiöse Symbole und Stätten zerstört und die Medien werden missbraucht, um Vorurteile und Intoleranz gegen indigene Völker anzuheizen.

Zudem kam sie zu folgendem Schluss: „dass das Schweigen und die Gleichgültigkeit uns zu Komplizen eines der barbarischsten Ereignisse macht, das in diesem 21. Jahrhundert gegen ein indigenes Volk stattfindet.“

⁵ http://cimi.org.br/site/pt-br/?system=news&conteudo_id=8807&action=read

⁶ <http://www.cimi.org.br/pub/Relatorio%20Violencia%202014/Relat.pdf>

⁷ Coordenadoria Ecuemênica de Serviço (CESE), Conselho Nacional de Igrejas Cristãs do Brasil (CONIC), Centro Ecuemênico de Estudos Bíblicos (CEBI), Fundação Luterana de Diaconia (FLD)

⁸ Aus dem Manifest der Ökumenischen Mission, Campo Grande, 08.10.2015; siehe unter: <http://we.tl/wJO3wpIguq>; sowie: <http://www.cebi.org.br/noticias.php?secaoId=¬iciaId=6019>

Handlungsempfehlung

Als evang. Hilfswerk Brot für die Welt unterstützen wir indigene und traditionelle Völker in Brasilien. Partnerorganisationen, Kirchen und Sozialbewegungen sind äußerst besorgt über die aktuelle Menschenrechtssituation in ihrem Land. Der Fall der Guaraní-Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul ist besonders dramatisch und besorgniserregend. Daher möchten wir Sie bitten, folgende Handlungsempfehlungen im Dialog mit der brasilianischen Regierung weiterzugeben:⁹

- Strafverfolgung all jener, die die systematischen Menschenrechtsverbrechen gegen die Guaranés fördern;
- bedingungsloser Schutz der indigenen Gemeinden und Feststellung der Verantwortlichkeit jener staatlichen Organe, die ihre Aufgabe des Schutzes der Gruppen vernachlässigten (im Monat September/Okttober 2015 allein wurden 16 Übergriffe auf Gemeinden registriert, die vom Staat vernachlässigt bzw. stillschweigend geduldet wurden);
- Fortsetzung der Identifizierung und Vermessung der Territorien der Guaraní-Kaiowá durch die staatliche Behörde für indigene Angelegenheiten (FUNAI), das Justizministerium und den Präsidenten. Dies ist die einzige Form, einen noch weiter zunehmenden Genozid zu verhindern;
- Im Interesse eines sozialen Friedens gerechte Vereinbarungen zur Entschädigung von Landbesitzern auf indigenem Gebiet;
- Die Sicherheit der MenschenrechtsverteidigerInnen in Brasilien als hohe Priorität wahrzunehmen ;
- Einhaltung der internationalen Vereinbarungen, die die Rechte indigener Völker schützen bzw. berücksichtigen, wie zum Beispiel die Konvention Nr. 169 der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO).

Ansprechpartner:

Volker von Bremen

Referent Indigene Völker

Brot für die Welt

volker.vonbremen@brot-fuer-die-welt.de

⁹Die im folgenden aufgeführten Empfehlungen stimmen mit jenen der Partnerorganisationen überein, die an der Ökumenischen Mission teilgenommen hatten